

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Geschäftstelt: 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich



6 Ausgaben.

Gericht:

Tagblatt Nr. 6550-52.
Don 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: M. 1.50.—, in den Ausgabestellen: M. 1.60.—, durch die Träger ins Haus gebracht M. 1.60.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen, an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erstliche Anzeigen M. 1.00.—, Finanz- und Kulturbereichs-Anzeigen M. 1.20.—, auswärtige Anzeigen M. 1.40.—, dritte Anzeigen M. 0.80.—, auswärtige Anzeigen M. 1.00.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unwiederholter Anzeigen entsprechende Nachzahlung. — Schluss der Anzeigenannahme: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen am vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Laubacherstraße 35, Fernsprecher: Wilmersdorf 3186.

Nr. 45.

Donnerstag, 22. Februar 1923.

71. Jahrgang.

Das Reichsschulkompromiß.

Was lange währt, wird noch keineswegs immer gut. Das erlebt man jetzt wieder einmal an dem Reichsschulkompromiß, an dem so viele Monate lang mit heißem Bemühen im Reichstag gearbeitet wurde, und das nun endlich unmittelbar vor seiner Lösung steht. Was bis jetzt über den Inhalt dieses Kompromisses zwischen der Regierung und den sich heftig untereinander bekämpfenden Parteien bekannt wird, bietet nur Anlaß zum Kopfschütteln. Auch die Väter des Kompromisses selbst sind, wie das so häufig geht, keineswegs entzückt von ihrem Kinde. Aber wer mag gerade in diesen schweren Zeiten die Verantwortung für einen Kulturkampf im Innern übernehmen? So gibt schon lieber jede Partei einen oder einige Hauptwünsche daran, um endlich einen Streit aus der Welt zu schaffen, der schon anfangs, in die Tiefe des Volkes zu gehen und böses Unheil zu stiften. Bekanntlich hatte ja die Reichsverfassung die Regelung der deutschen Volksschule nicht sofort durchgeführt, sondern einem eigenen Reichsschulgesetz die Zukunft zugesprochen. Vier Jahre ist die Erfüllung dieser verfassungsrechtlichen Aufgabe hinausgezögert worden. Länger ging es jedoch nicht mehr, weil in den einzelnen Ländern bei dem allgemeinen Schulwettbewerb allmählich unerträgliche Verhältnisse zutage traten, mit denen die Regierungen und Schulbehörden, die Pädagogen und Lehrer, die Eltern und Kinder nicht mehr länger auskommen zu können glaubten. So mußte denn auch trotz dieser außenpolitisch so schwierigen Zeiten die Frage gesetzgeberisch weiter bearbeitet und verabschiedet werden.

Den Inhalt der 5 Paragraphen des Kompromißentwurfes der Parteien heute schon im Wortlaut mitzuteilen, wäre verfrüht. Denn die letzten Verhandlungen dieser Woche können noch Änderungen bringen, die heute nicht zu übersehen sind. Aber im großen und ganzen darf nach den eifrigen Arbeiten der letzten Wochen das Gesetz in der Kompromißform als gesichert angesehen werden. Und da jedermann weiß, wie überaus schwierig das Kompromiß bei den Vorberatungen zustande zu bringen war, wird vermutlich bei den Plenarverhandlungen der nächsten Zeit kein ernstlicher Änderungsversuch von den Parteien mehr unternommen werden.

Das Reichsschulgesetz muß sich auf drei verschiedenen Schularten aufbauen: der Allgemeinen Volksschule (Gemeinschaftsschule), der Bekenntnisschule und der Weltlichen Schule (Artikel 146 der Reichsverfassung). Jede dieser Schulen steht grundsätzlich jedem schulpflichtigen deutschen Kinde offen, und jede dieser Schulen hat Anspruch auf Förderung durch das Reich, die Länder und Gemeinden. Aus dieser Grundlage des deutschen Volksschulwesens erwächst nun eine Reihe von schwierigen Problemen, unter denen wiederum die Frage des Religionsunterrichtes den stärksten Streit verursacht hat. Schule und Religion sind nach Ansicht der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Eltern nicht zu trennen. Die rein weltliche Schule, die ganz vom Religionsunterricht und von der Bezugnahme auf die Religion bei den übrigen Unterrichtsfächern frei sein will, hat trotz aller sozialdemokratischen Propaganda keinen breiten Boden im deutschen Volk. Nur 0,4 Proz. der Kinder sind aus dem Religionsunterricht abgemeldet worden, nur etwa 2 Prozent der Lehrer haben sich geweigert, Religionsunterricht zu erteilen. Das sind wohl genügende Zahlenbeweise gegen ein übermäßiges Bedürfnis nach weltlichen Schulen. Bei den Bekenntnisschulen, die vom gesamten Katholizismus und der protestantischen Orthodoxie förmlich begehrt werden, macht der Religionsunterricht natürlich keine Schwierigkeiten, da dort Kinder des gleichen Bekenntnisses von Lehrern ihres Bekenntnisses im Geiste dieses Bekenntnisses unterrichtet werden. Nur muß hier besondere Sorgfalt darauf verwandt werden, daß nicht Bestimmungen in das Gesetz kommen, welche den Einfluß der Kirche auf die staatlichen Schulaufsichtsbehörden und auf die Gewissensfreiheit der Lehrer unerträglich stark machen. Schwierig wird das Problem des Religionsunterrichtes wieder bei den Allgemeinen Volksschulen (Gemeinschaftsschulen). Die bisherige Praxis dieser Art von Schulen, die vor allem in Hessen-Nassau, Hessen und Baden unter dem Namen „Simultanschulen“ weit verbreitet sind, ist ein gemeinsamer Unterricht in allen Schulfächern auf christlicher Grundlage und ein besonderer, nach Bekenntnissen getrennter Religionsunterricht. Hier wird wohl das neue Reichsschulkompromiß an die bewährte Praxis anknüpfen müssen, schon um die Simultanschulen dort, wo sie heimisch sind, unverändert zu erhalten. Für die Befreiung der einzelnen Lehrkräfte und für die lokale Berücksichtigung der verschiedenen Konfessionen in kleineren Gemeinden erwachsen natürlich wieder besondere Schwierigkeiten,

bei denen auch die Frage der finanziellen Mittel eine sehr erhebliche Rolle spielt.

Es ist überhaupt in der heutigen Zeit besonders zu beachten, daß die Einführung und Durchführung eines neuen Reichsschulgesetzes nicht nur eine Frage der Erziehung, sondern auch eine Frage der Finanzkraft der Länder und des Reiches ist. Gerade bei den heutigen Finanznöten gewinnen die Räumlicher und Finanzminister der Gemeinden und Länder einen starken Einfluß auf die Regelung des Schulwesens. Sie haben bisher noch keine entscheidenden Worte gesprochen. Man kann sich aber kaum vorstellen, daß an ihrem Widerspruch zuletzt noch das ganze Werk scheitern sollte!

Die französisch-belgische Konferenz in Paris.

D. Paris, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der belgische Ministerpräsident Theunis ist am Mittwochmorgen 1 Uhr in Paris eingetroffen. Er besah sich sofort nach dem Quai d'Orléans, wo Poincaré ihm zu Ehren ein Frühstück gab. Der belgische Botschafter in Paris, der Rabinetsschreiber Theunis, der französische Finanzminister de Lasteyrie, der Minister für die belgischen Gebiete, Reibel, Kriegsminister Maginot, Verkehrsminister Le Troquer, Marschall Foch und General Weygand nahmen ebenfalls daran teil. Die Beilammelten traten nach dem Frühstück zu einer Konferenz zusammen, um die gegenwärtige Lage in den belgischen Gebieten zu besprechen. Die Konferenz dauerte bis 7,45 Uhr. Nach Schluß wurde ein Kom-muniqué veröffentlicht, worin insbesondere betont wird, daß die Konferenz sich mit allen Fragen, die auf das Ruhrgebiet Bezug haben, beschäftigt hat, und zwar mit der Frage der Ausbesserungen, der Verkehrsfrage, der Geldwährung und den neuen Sanctionen, welche gegen den deutschen Widerstand von beiden Regierungen ergriffen werden sollen. Man sei zu einer völligen Einigung gelangt.

Der „Petit Parisien“ erzählt dazu folgende Einzelheiten: Es wäre eine Reihe von Maßnahmen festgelegt worden, die auf eine längere Dauer berechnet sind. Was die Ausbesserungen anbelangt, so würden gewisse Verkehrs-maßnahmen ins Auge gefaßt werden. Das System der Ausbesserungen werde nach den Erfahrungen abgeändert und entsprechend vervollständigt werden. Man verführe vor allem zu vermeiden, daß die Waren, die durch Deutschland hindurch müßten, aber für das Ausland bestimmt sind, im unbesetzten Deutschland zurückgehalten werden. Die französischen und belgischen Minister hätten sich weiter mit der Schaffung der rheinischen Geldwährung beschäftigt, die die Mark am Rhein und an der Ruhr ersetzen sollte. Die neue Geldwährung werde nicht sofort in Umlauf gesetzt werden, da das Bedürfnis dazu noch nicht vorliege. Man werde die neue Geldwährung einführen, wenn Deutschland den Umlauf der Mark herabsetzen werde. Ausgesprochen sei das aber noch nicht entschieden. Es sei noch genügend deutsches Geld in den belgischen Gebieten. Auch die Verkehrsfrage wurde besprochen. In Bezug auf die Steuern wurden einige Änderungen nach dem Platz ins Auge gefaßt. Theunis werde heute eine neue Unterredung mit dem französischen Finanzminister über die letztere Angelegenheit haben. Heute mittags werde er nach Brüssel zurückkehren, nachdem er noch eine kurze Unterredung mit Poincaré gehabt habe.

W. T. B. Paris, 22. Febr. Der diplomatische Mitarbeiter der Tageszeitung glaubt zu wissen, daß die wichtigsten Entscheidungen, die bei der Beratung mit dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis gefaßt worden sind, im Verlaufe der Verhandlungen einer methodischen Organisation des Eisenbahnwesens hätten die französische und die belgische Regierung sich einig gestellt, angesichts des Verlangens des deutschen Regimes eine direkte Ausbeutung der links-rheinischen und der Ruhrgebiete durch die französischen und belgischen Organe vorzunehmen. Bis jetzt sei der Eisenbahnverkehr durch die Militärorgane unter direkter Leitung des Generals Deaoutte übergeleitet worden. Jetzt handle es sich darum, den Verkehr zu verstärken und ihm einen höheren Charakter zu geben. Aus diesem Grunde solle das Eisenbahnwesen in eine autonome Eisenbahn umgewandelt werden. Die Eisenbahn solle unter der Leitung des Direktors Dreaud stehen, dem ein belgischer Beigeordneter an die Seite gestellt werde. Diese neue Einrichtung solle unverzüglich in Kraft treten. d. h. sobald die Transportsfrage mit der endgültigen Regierung abgeklärt sei. Der diplomatische Redakteur glaubt vernehmen zu können, daß diese Verhandlungen einen guten Verlauf nahmen. Es sei ferner besprochen worden die Frage des Abbaues der fabriktierten Produkte des Ruhrgebietes. Da deren Ausfuhr unterbunden sei und die Fabriken, die mehr als 70 Prozent der metallurgischen Produkte herstellten, stillstehen, zu arbeiten, ohne ihre Produkte absetzen zu können, die sie jetzt auf Lager haben, würden die Alliierten an dem Tage, an dem der Widerstand des Deutschen Reiches noch fortbestünde, die Produkte für ihren Nutzen verkaufen. Das sei eine Eventualität, die gefaßt ins Auge gefaßt worden sei und eine der Strafmaßnahmen, die man durchzuführen gedachte. Erleichterungen in der Ausfuhr, um das alliierte Regime zu mildern, könnten bewilligt werden, wenn das Interesse bestünde, dies zu tun. Auf alle Fälle würde Befehl erteilt, daß die neutralen Länder durch das Ausfuhrverbot nicht behindert würden. Auch die Abdrucksfrage sei geprüft worden. Ein allgemeiner Plan für die eventuelle Einführung mit Hilfe eines belgisch-französischen Finanzkonkordats sei angenommen worden. Aber auch nach dieser Richtung werde keine Entscheidung getroffen, so lange das Deutsche Reich nicht durch die Gebührensbeiträge eine neue Währung obligatorisch machen würde. Jetzt würden die technischen Vorbereitungen durch die Sachverständigen in Paris fortgesetzt werden. Ferner habe man die Einführung von Zöllen auf ausländische Produkte bei der Einführung von Zöllen auf deutschen Produkten nicht von der Verbindung der einzelnen Reichsteile in den belgischen Gebieten gesprochen worden, da das Verwaltungssystem, das jetzt in Kraft sei, als endgültig zu betrachten sei.

6 Wochen Ruhrbesetzung.

as. Berlin, 22. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Im „Vorwärts“ zieht heute der Ruhrsonderberichterstatter des Blattes eine kleine Bilanz über sechs Wochen Ruhrbesetzung. Wenn wir die wesentlichsten Punkte dieser Bilanz wiedergeben, so geschieht das, um zu zeigen, wie sich in Kreisen, denen Hurraustimmung und Chauvinismus gänzlich fernliegen, die Dinge im Ruhrgebiet darstellen. Das Blatt betont die feste Entschlossenheit der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets und stimmt darin mit seinem Bruderblatt, der „Rheinischen Zeitung“, überein, die ebenfalls davon spricht, daß in den Bergarbeiterkreisen eine Stille, aber um so bestimmtere Festigkeit bei der Durchführung des Abwehrkampfes Platz gegriffen habe. Während früher eine große Sympathie für das französische Volk geherrscht hat, die sich durch die Zerstörung französischer Gebiete noch vertieft und die die Bergarbeiter zur Leistung von Übersichten veranlaßt haben, hat das französische Vorgehen für solche Empfindungen kaum Raum gelassen, vielmehr trage gerade die Arbeiterschaft einen tiefen Groll über die Vorgänge der letzten Wochen. Allgemein lassen im übrigen die Nachrichten

eine zuverlässige Stimmung in der Arbeiterschaft erkennen und diese zuverlässige Stimmung wird, wie der „Vorwärts“ feststellt, durch die allgemeine wirtschaftliche Lage gestärkt. Gewiß hat die Arbeitslosigkeit durch die Maßnahmen der Besatzungsstruppen zugenommen. Im allgemeinen aber ist die Wirtschaftslage nicht kritisch. Die Lebensmittelversorgung ist vorläufig sichergestellt. Für eine ausreichende Unterhaltung der Arbeitslosen ist gesorgt, ebenso für die sonst durch die Besetzung Geschädigten. Rohmaterialien sind für mehrere Wochen genügend vorhanden. Soweit Siegerländer Erze fehlen, werden sie noch eingeführt. Daß der Bestand an schwedischen Erzen äußerst groß ist, ergibt sich daraus, daß die Drosselung der Zufuhr schwedischer Erze auf drei Wochen bestimmt wurde. Durch das allgemeine Ausfuhrverbot war natürlich die Möglichkeit großer Arbeitslosigkeit gegeben. Dieser Möglichkeit ist aber in weitestgehender Weise entgegengetreten worden. Die Gemeinden haben

umfangreiche Notstandsmaßnahmen

vorbereitet. In Kürze wird sich auch ein großer Teil der Arbeitslosen, ähnlich wie im vergangenen Jahre, zur Landarbeit melden. In der bald beginnenden milderen Jahreszeit ist die Fortführung der Siedlungsarbeiten möglich, so daß auch hier ein Teil der Erwerbslosen untergebracht werden kann. Bei den Bergwerken ist trotz der überfüllten Halben noch nicht mit Arbeitslosigkeit zu rechnen. Schon jetzt werden in den Werken, die nicht mehr regelmäßig fördern können, Aufbesserungsarbeiten vorgenommen, die der Wirtschaft in halbwegs normaleren Zeiten zugute kommen werden. Fachleute behaupten, daß durch diese Aufbesserungsarbeiten und alles, was mit ihnen zusammenhängt, in späteren Wochen

eine Verstärkung der Besatzungen

möglich sein wird.

Auf der Gegenseite nehmen gegenüber solchen günstigen deutschen Schläffen die kritischen Stimmen zu. Erneut wird von verschiedenen Seiten in Frankreich die Frage erörtert, ob es nicht an der Zeit sei, das kostspielige und gefährliche Ruhrabenteuer zu liquidieren. Voraussetzung ist aber natürlich dabei, daß ein Weg gefunden wird, durch den das französische Nationalgefühl nicht berührt wird. Deshalb taucht jetzt auch bei den französischen Politikern, die auf eine Erstundigung hinarbeiten, die Idee auf, Frankreich auch bei etwaigen künftigen Verhandlungen in den Vordergrund zu schieben und die

Einleitung einer Vermittlungssaktion

ausschließlich von der Initiative der französischen Regierung abhängig zu machen. So meint der „Deuure“: „Die Intervention des Völkerbundes bleibt das einzige Mittel, das europäische Problem zu lösen. Diese Intervention kann nicht gegen den Willen Frankreichs erfolgen und muß deshalb von Frankreich selbst befohlen werden. Die öffentliche Meinung unseres Landes“, so schreibt das Blatt, „muß aus dem Traum erwachen und sich die Frage vorlegen: Sind 1000 Waggons Kohle 100 Millionen Franken wert?“

Die Zeitung „Deuure“ ist allerdings für die Aufklärung der Regierung nicht maßgebend und es läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, wie Poincaré selbst denkt. Jedenfalls muß davor gewarnt werden, Gerüchten über seine Amtsunfähigkeit und seinen Verhandlungswillen Bedeutung beizulegen. Bonar Law hat in seiner letzten Rede deutlich darge-

gesprochen, daß Frankreich eine Intervention als unfreundliche Haltung betrachten werde. Bonar Law weiß das, weil er durch Poincaré über die Auffassung der französischen Regierung unterrichtet wird. Soweit, wie die französische Regierung wünscht, sind die Dinge noch nicht gediehen, aber trotz allen Dementis bleibt es, wie ein Telegramm des „Berl. Tageblattes“ feststellt, wahr, daß sehr allmählich

eine Ernüchterung der Erwartungen in Paris eintritt und daß auch aus diesem Grunde Deutschland nicht die Geduld und die Nerven verlieren darf!

Eine Konferenz in Düsseldorf.

W.T.B. Paris, 22. Febr. Havas meldet aus Düsseldorf, daß gestern eine Konferenz zwischen General Degoutte, dem Präsidenten der Rheinland-Kommission, Lirard, seinem Delegierten Rocheliere, dem belgischen Oberbefehlshaber General Bucquoy und dem belgischen Oberkommissar in den Rheinlanden abgehalten worden sei. Der Zweck der Konferenz sei gewesen, ein enges Zusammenarbeiten im Ruhrgebiet einerseits unter der Leitung von General Degoutte und im ursprünglich besetzten Rheinland mit der alliierten Oberkommission andererseits zu erreichen. Auf der Tagesordnung hätten ferner gestanden die Erhebung der Zollabgabe, die Organisation der Dienststellen, die an die Stelle der deutschen Verwaltung treten sollen, die Verteilung der Kohle und die übrigen zu erhebenden Abgaben. Schließlich habe man beschlossen, daß ein System der Zolleinzugung durch die französischen Ämter am 23. Februar in Kraft treten solle.

Das Aufenthaltsverbot für deutsche Minister im besetzten Gebiet.

W.T.B. Essen, 22. Febr. General Degoutte erließ einen Befehl, wonach den deutschen Ministern der Aufenthalt im besetzten Gebiet untersagt ist. Die Polizeibehörden und die öffentlichen Organe sind angewiesen, Minister, die das Grenzgebiet betreten, festzunehmen und den Militärgerichten der Besatzungstruppen zu übergeben. Falls dies nicht geschieht, werden die angeordneten Sanktionen betr. die Städte und Ortschaften durchgeführt.

Das Warenausfuhr-Verbot.

Wd. Koblenz, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Auf Grund der Deklaration 143 der Interalliierten Rheinland-Kommission, durch welche die Ausfuhr aller Waren aus dem besetzten Gebiet nach dem unbesetzten Deutschland untersagt wird, hat das Interalliierte Oberkommission in Koblenz eine gewisse Anzahl Wege festgelegt, die für den Verkehr zwischen dem unbesetzten und besetzten Deutschland dienen sollen. Jeder Warenverkehr außerhalb dieser Straßen wird ausdrücklich verboten und zieht die für Schmuggel vorgesehenen Strafen nach sich. Personen, die sich außerhalb der festgelegten Straßen bewegen, haben auf ihren Kopf Halt zu machen, andernfalls ist Gefahr lauten, als Schmuggler betrachtet zu werden. Im übrigen ist jeder Handelsverkehr, auch auf den „schwarzen Straßen“, zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr morgens verboten. Für die Bewohner der Grenzorte werden gewisse Erleichterungen ausgestellt.

Die gleichen Bestimmungen werden für das Ruhrgebiet durch die Militärbehörde erlassen.

Bisher 467 Beamte ausgewiesen.

D. Paris, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Aus Koblenz wird gemeldet, daß vom 14. bis 19. Februar die Rheinland-Kommission 123 neue Ausweisungen von Staatsbeamten ausgesprochen hat, darunter 9 Polizeipräsidenten, 5 Bürgermeister, 5 Richter, 5 Beamte, 9 Lehrer, 12 Zollbeamte, 8 Postbeamte und 5 Forstbeamte. Seit der Besetzung der Ruhr sind aus dem besetzten Gebiet 467 Beamte ausgewiesen worden.

Ausweisungen und Zeitungsverbote.

W.T.B. Koblenz, 22. Febr. Ausgewiesen wurden Gemeindevorsteher Quinle (Dann), Oberregierungsrat Dila (Erdel), der Redakteur der „Trierischen Zeitung“, Haubrich (Trier). Die Familien der Ausgewiesenen, ausgenommen Hausfrau, müssen das besetzte Gebiet ebenfalls verlassen. — Die „Mainzer Zeitung“ ist für die Dauer von einem Monat verboten worden. Auch der Bildstreifen „Der Rhein“ ist im besetzten Gebiet verboten worden.

Wd. Koblenz, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Interalliierte Rheinlandkommission hat weiter folgende Zeitungen für das besetzte Gebiet ab 21. Februar verboten: das „Neue Wiener Journal“ auf drei Monate, „Wiesscher Kultur“ auf einen Monat, „Rheinische Rundschau“ in Köln auf einen Monat und das „Nachrichtenblatt für das rheinische Volk“ in Köln auf drei Tage.

Verurteilung der Koblenzer Zeitungen.

Wd. Koblenz, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Koblenzer Zeitung, die „Koblenzer Volkszeitung“, die „Rheinische Warte“ und der „Koblenzer Generalanzeiger“ wurden wegen ihrer Weigerung, einen Befehl der Besatzungsbefehle auszuführen, zu je 40 000 M. Geldstrafe verurteilt, an deren Stelle 2 Monate Gefängnis treten, wenn die Geldstrafe binnen acht Tagen nicht bezahlt ist.

Abmarsch der Franzosen aus Gelsenkirchen.

Br. Gelsenkirchen, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Gestern morgen zwischen 9 und 10 Uhr sind die französischen Truppen wieder abgerückt. Die Geldbusse von 100 Millionen ist nicht bezahlt worden; dagegen haben die Franzosen die wegenommenen Automobile, Pferde und Schreibmaschinen mitgenommen. Die Franzosen sind in der Richtung Buer-Redinghausen abgerückt. Unmittelbar darauf nahmen Post und Eisenbahn ihren Dienst wieder auf und auch die Schupo ist wieder in voller Tätigkeit.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

D. Paris, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps“ teilt mit, daß die Kohlenförderung im Ruhrgebiet gegenwärtig 30 bis 40 Prozent der normalen Produktion betrage. Gestern gingen zwei Schiffe nach Frankreich und sechs nach Italien, außerdem zwei Kohlenkistenfahrzeuge nach Strosburg, ferner wurden fünf für Deutschland bestimmte Kohlenzüge beschlagnahmt sowie 150 Einzelfahrgäste und 60 Siffernenwagen.

Die Berufungsverhandlung gegen Oberbürgermeister Jarres.

Br. Aachen, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg, der wie gemeldet, von dem belgischen Kriegsgericht in Aachen zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist, hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die neue Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht findet am 28. Februar in Aachen statt.

Amerikas Ansprüche auf seine Besatzungskosten.

D. New York, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Elhu Baworth befindet sich auf dem Wege nach Paris, um den Alliierten ins Gedächtnis zu rufen, daß Amerika einen Anspruch auf 265 Millionen Dollar für die Kosten der Besatzung in Deutschland hat.

Die Verkehrsfrage.

Wd. Mainz, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage im Eisenbahndirektionsbezirk Mainz ist unverändert.

Br. Rindfleisch, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage im rheinischen Eisenbahnen ist unverändert. Einzelne französische Eisenbahnen, auf deutschen Lokomotiven mitzufahren, anschließend um den Betrieb fennen zu lernen, sind an der Haltung des deutschen Personals gescheitert. Gestern nachmittag bestiegen im Ludwigshafener Hauptbahnhof französische Eisenbahner die Lokomotive des nach Speyer-Germersheim-Landau zur Abfahrt bereitstehenden Zuges. Darauf verließ das deutsche Personal den Zug und auch die Fahrstraße, in der Mehrzahl der Lokomotiven aus. Als sich das französische Personal übernahm, hatte die deutsche Eisenbahn ihre Mitwirkung aufgegeben und sich die Fahrgäste der französischen Zugführung nicht anvertrauen, verließen sie wieder die Lokomotive, worauf der Zug mit deutschem Personal abfuhr.

Verbot des Nachtverkehrs in Mainz.

Wd. Mainz, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Nachtverkehr ist anlässlich des Streiks der Post- und Telegraphenbeamten von heute an für die Deutschen von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens untersagt. Bis auf weiteres ist jeglicher Verkehr im Weichbild der Stadt Mainz (Zahlbach, Nombach, Amöneburg, Kastel und Kofheim einbezogen) zu der angegebenen Zeit untersagt. Alle öffentlichen Lokale müssen demzufolge um 9 Uhr abends geschlossen sein. Von der Verkehrsperre sind ausgeschlossen: 1. Die Untertanen aller an der Besatzung teilnehmenden Mächte, 2. Deutsche, deren Beruf notwendigerweise auch während der gesperrten Nachtstunden ausgeübt werden muß, Geistliche, Ärzte, Hebammen oder Arbeiter öffentlicher Dienstwege, die im Besitz eines Ausweises sein müssen. Die deutsche Polizei hat strengen Befehl, alle Personen, die während der für den Verkehr gesperrten Stunden angetroffen werden, zur Anzeige zu bringen. Alle Übertretungen werden militärgerichtlich bestraft.

Wd. Mainz, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage im Post- und Telegraphenwesen ist unverändert. Verhandlungen zwischen den Organisationen der Postbeamten einerseits und der Besatzungsbefehde andererseits haben weder am Dienstag noch am Mittwoch zu einem positiven Ergebnis geführt. Der Post- und Fernsprechnetzverkehr ist noch völlig unterbrochen. Das Hauptpostamt Mainz ist durch Militärposten abgesperrt. Der von der Besatzungsbefehde verhaftete Postdirektor Klingelhöfer befindet sich in Mainz in Untersuchungshaft.

Nach dem „Echo du Rhin“ ist die Stadt Mainz aufgefordert worden, die Telephonleitungen mit Paris, Prag, Warschau und Berlin wieder instandzusetzen, die in der vergangenen Nacht zerstört worden seien.

Die deutschen Kohlenlieferungen an Holland.

W.T.B. Paris, 21. Febr. Die Reparationskommission beschäftigt sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Frage des Lieferungsvertrages, den die holländische Regierung mit dem Kohlenyndikat über die Kohlenlieferungen für Holland abgeschlossen hat. Die Frage wird von der Reparationskommission geprüft, die beschloffen hat, heute darüber mit den holländischen Vertretern zu verhandeln.

Eine internationale Kommission zur Prüfung der Ruhrfrage?

Br. Berlin, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der „Berl. Z.“ berichtet aus London: Der amerikanische Bankier Charles Schwab habe in einem Interview erklärt, eine zufriedenstellende Lösung der Ruhrfrage und der anderen Fragen, die aus dem Reparationsstreit entstanden seien, könne am besten dadurch erreicht werden, daß eine internationale Kommission von führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens die Verhältnisse Deutschlands prüfe.

Anfragen über das Eisenbahnabkommen im Unterhaus.

W.T.B. London, 22. Febr. Bonar Law teilte im Unterhaus auf eine Anfrage Wedgwoods bezüglich der zwischen der britischen und der französischen Regierung getroffenen Grenzbeschränkung in der britischen Zone mit, keinerlei französische Transporte in irgend einem Teil des britischbesetzten Gebietes seien unter französische Kontrolle gestellt worden. — Wedgwood fragte den Premierminister weiter, ob er der Ansicht sei, daß dieses Zustandekommen die französische Regierung unter dem Begriff kritischer Neutralität lasse. — Bonar Law erwiderte: Ja, wohl. — Ramsay MacDonald fragte hierauf: Ist die Lage die, daß ein Teil unseres besetzten Gebietes jetzt an Frankreich übertragen worden ist, und ist dieser Teil immer noch unter französischer Kontrolle und wird von Frankreich gebraucht? — Bonar Law erwiderte: Es ist ein Gebietsstück, der von uns nominell besetzt ist, wo wir aber tatsächlich niemals irgend welche Truppen gehabt haben. Wir haben ihn einfach den Franzosen übergeben. — Burt fragte hierauf, ob irgend eine Bestimmung in dem Versailles-Vertrag bestünde, die die alliierten Regierungen ermächtigte, besetztes Gebiet auszuwählen. — Bonar Law erwiderte: So viel ich weiß, macht der Versailles-Vertrag keinerlei Einschränkungen bezüglich der Befehde durch irgend eine bestimmte Macht. Das Gebiet war einfach von den Alliierten besetzt. — Oberst Wedgwood fragte, ob es Tatsache sei, daß die deutschen Beamten auf der Eisenbahnlinie durch französische ersetzt worden seien. — Bonar Law erwiderte, er könne dies nicht sagen. — Wedgwood fragte ferner, ob die britische Regierung irgend welche Schritte tue, um ein engeres Zusammenwirken mit der amerikanischen Regierung in der Frage betr. des Ruhrgebietes zu erreichen. — Bonar Law erwiderte, es sei nicht möglich, irgend welche Mitteilung über diese Frage im gegenwärtigen Augenblick zu geben.

Vorläufig keine Veränderungen im englischen Kabinett.

W.T.B. London, 22. Febr. Das Gerücht über Veränderungen im britischen Kabinett hat Anfangs zu einer ansehnlichen Infiltration der Medien geführt, in der diese Gerüchte als unbegründet oder mindestens verfrüht bezeichnet wurden. Horne habe gegenwärtig nicht den Wunsch, in das Ministerium zurückzukehren, Chamberlain gebe zur Erklärung nach Südafrika und Lord Robert Cecil wolle Mitte März nach Amerika reisen, um dort für den Völkerverbund zu agitieren.

Die Besprechungen des bayerischen Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler.

W.T.B. München, 21. Febr. Der bayerische Ministerpräsident, der am Montag zur Aussprache mit dem Reichskanzler in Berlin weilte, ist hierher zurückgekehrt. Zu seinen Besprechungen mit dem Reichskanzler teilt die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ mit, daß sie in jeder Weise einen befriedigenden Verlauf genommen haben. Der Ministerpräsident habe dabei die bayerische Auffassung über den Stand der äußeren Politik dargelegt, vor allem in den Punkten, die Bayern unmittelbar betreffen. Die enge Fühlungnahme der bayerischen Regierung mit der Reichsregierung und das Vertrauensverhältnis, das zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler bestehe, übten sicherlich einen außerordentlich günstigen Einfluß auf die gesamte innere Politik aus. Bayern liefere gleichzeitig auch den Beweis, daß es ihm nicht um eine Opposition um jeden Preis zu tun sei, sondern daß ihm die eifrige Mitarbeit an den Reichsangelegenheiten bedeutend sympathischer sei. Es gehöre mit zu den Verdiensten des Reichskanzlers Cuno, daß er von Beginn seiner Amtszeit an in klarer Erkenntnis der innerpolitischen Realitäten nach dem Grundsatz handelte, daß die geschlossene Führung der Politik des Reiches mit einer Spannung zwischen der Reichsleitung und dem zweitgrößten deutschen Bundesstaat nicht verträglich ist. Die übergrößen Mehrheit des bayerischen Volkes werde der Reichskanzler, wenn er die äußere und innere Politik konsequent und mutig weiterführe, jederzeit zu Bundesgenossen in seiner Politik haben.

Die Ausgestaltung der Goldanleihe.

Br. Berlin, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Über die Ausgestaltung der geplanten Goldanleihe wird gemeldet, es sei in Aussicht genommen, die Goldanleihe mit einem hohen Zinssatz zu versehen. Die Städte der neuen Anleihe gingen hinunter bis zum Nominalwert und werden überhöht im Format den 10 000-Markstücken abgeben. Mit der Auflegung der Anleihe soll möglichst sofort, also schon vor dem 1. März begonnen werden. Der Ausgabeursprung beträgt 10 Prozent. Über die Beteiligung der Banken an der Anleihe verläuft bisher nur so viel, daß sich die gesamte deutsche Bankwelt für die Übernahme des festen Retrozesses von 100 Millionen Mark interessieren werde. Wie weiter gemeldet wird, trat die Reichsregierung in Verhandlungen mit der Industrie wegen der Übernahme fester Anleihen.

Br. Berlin, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der in den nächsten Tagen erfolgenden Ausgabe der Goldanleihe von 200 Millionen Geldmark Schatzanweisungen wird außerordentliches Entgegenkommen entgegengebracht. Die deutschen Banken haben sich bereit erklärt, 100 Millionen Mark zu übernehmen.

Br. Berlin, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Über die mögliche Auswirkung der Goldanleihe äußerte sich eine leitende Persönlichkeit des deutschen Finanzlebens einem Vertreter des „Nach- und Abendblattes“ gegenüber dahin, er glaube, daß die Aktion der Reichsregierung richtig und vom vollen Erfolge sein werde.

Gegen übermäßige Preissteigerungen.

W.T.B. Berlin, 22. Febr. Der Reichswirtschaftsminister richtete an die Spitzenverbände der Industrie, des Handels, des Handwerks sowie an die Konsumgenossenschaften ein Rundschreiben. In dem es heißt, daß die in der letzten Zeit eingetretenen Steigen der Preise für ausländische Zahlungsmittel um über die Hälfte bei der Preisbildung keineswegs Rechnung getragen worden sei. Die Fabrikanten und Händler hätten ihre Preise mit dem Ansteigen der Devisenkurse fortlaufend erhöht, trüben aber jetzt Bedenken, die Preise den sinkenden Kursen anzupassen, so daß das inländische Preisniveau auf einer Höhe bleibe, die es neben den Preisen der Bevölkerung um das doppelte mehr, die notwendigen Bedarfsgegenstände zu erwerben. Hierdurch entstehe eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und für die Gesundheit des Arbeitskampfes. Der Minister fordert die Spitzenverbände auf, alle Maßnahmen zu treffen, um die Verbände und die Einzelunternehmen zu veranlassen, die aus der Besserung der Marktlage ergebenden Folgen abzuwenden. In einem an die Landesregierungen gerichteten Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers wird schließlich und nachdrücklichst Eingearbeitet als erforderlich bezeichnet, um den durch die Maßnahmen des Reiches erzielten Erfolg der Marktlage sicherzustellen. Bei unberechtigter Preissteigerung und Preistreibern werde in schärfer Weise mit Freiheitsstrafen und Geldstrafen vorgegangen werden.

Die Ursachen der Franken-Waise.

W.T.B. Paris, 21. Febr. Francis Delaisi untersucht im „Ouvrier“ die Ursachen der Franken-Waise und kommt zu dem Schluß, daß es auch starke französische Interessen gibt, die auf das Sinken der französischen Devisen hinwirken. Zweifellos verbietet das Gesetz die Kapitalausfuhr, aber verbietet nicht, Auslandswerte zu kaufen, die an der Pariser Börse notiert werden. Man erinnere sich nur an das schwindelerregende Steigen der Royal Dutch im Jahre 1920, als diese von 14 000 auf 72 000 Franken stiegen, bevor sie auf 17 000 zurückgingen. Mehrere französische Milliarden seien auf diese Weise nach der anderen Kanaille entwichen, und zwar mit Zustimmung der Behörden und Bankiers, die in der Wechselkurskommission saßen. Man brachte dabei das Pfund Sterling auf 64 Franken. Heute beginnt man von neuem, nur daß diesmal die Ausländer mit den Franzosen zusammen auf eine Waise hinarbeiten, so daß das Pfund Sterling bei 78 Franken angelangt ist. Und die Regierung? Sie wird sich wohl hüten, dieses Treiben zu verhindern, denn eine Toleranz verschaffe ihr die wärmsten Anhänger. Alle diejenigen, die ihr Kapital in London in Sicherheit gehabt hätten, können jetzt um so bequemer schreiben: Behalten wir das Ruhrgebiet! Weichen wir die Beamten aus und blockieren wir Deutschland! Enteignen wir den Privatbesitz!

Krieg oder Frieden im Orient?

D. London, 22. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Exchange Telegraph“ in Konstantinopel meldet, daß die Nationalversammlung von Ankara gestern nachmittag eine geheime Sitzung abhielt, um den Bericht Zsmet Paschas über die Lausanner Verhandlungen entgegen zu nehmen. Die Türen werden nach einem Beschluß der Nationalversammlung den Alliierten eine Reihe von Bedingungen entgegen zu stellen, von denen Kanakos oberste Forderung Krieg oder Frieden abhängen wird.

Deutscher Reichstag.

Br. Berlin, 22. Febr. (Ela. Drahtbericht.) Die Reichstags-Sitzung am Mittwoch wurde vom Präsidenten Löbe mit der Mitteilung eröffnet, daß am Mittwoch ein Telegramm angeteilt sei, das die Reden der Abgeordneten aufnehmen und auf eine Karte bringen. Große Heiterkeit entstand im Saal, als der Präsident darauf hinwies, daß die Abgeordneten nach Schluß der Sitzung ihre Reden im stenographischen Bureau beliebig wiederholt abhören könnten.

Nach Eröffnung kleiner Anfragen setzte das Haus die Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern bei den Ausgaben für das Reichsgesundheitsamt fort. In der Aussprache wurde die Schaffung eines besonderen Reichsgesundheitsministeriums als dringend notwendig bezeichnet und Vorlesung eines Strengesetzes sowie eine Reform des Apothekenwesens gerühmt.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bum verlas in längeren Ausführungen über die Frage der Verbilligung des Salzrauchs darauf, daß diese daran scheiterte, daß zur Herstellung des Salzes 14 außerordentlich teure chemische Stoffe benötigt werden.

Nachdem noch ein Regierungsvertreter auf die Ausführungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eingeworfen und mitgeteilt hatte, daß ein Gesetz gegen den Alkoholmißbrauch und das Tuberkulosegesetz fertiggestellt sei, wurde der Titel „Reichsgesundheitsamt“ bewilligt; desgleichen weitere Titel und Kapitel.

Eine längere Debatte entspann sich dann noch über das Kapitel „Für Zwecke polizeilichen Schutzes“. Es wurde hier besonders um die vom Ausländer vorzuschlagende Entlassung, wonach eine Untersuchung darüber angestellt werden soll, ob die künftige Landespolizei nach den künftigen Gesichtspunkten organisiert ist und verwaltet wird, die in den Vereinbarungen zwischen Reichsregierung und Landesregierungen festgelegt sind. Der Reichskommissar für öffentliche Ordnung Oberst Klinger, sprach unter dem Vorbehalt des Hauses der Schutzpolizei im Ruhrgebiet der Dank der Regierung für ihren Selbstenmut aus.

Nach 6 Uhr stellte sich die Reichsversammlung des Hauses heraus und die Weiterberatung wurde auf Donnerstagnachmittag 2 Uhr vertagt.

Das Entschädigungsverfahren vor dem Haushaltsausschuß.

Br. Berlin, 22. Febr. (Ela. Drahtbericht.) Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde der Etat des Reichsministeriums für Wiederaufbau behandelt. Die Aussprache drehte sich besonders um das außerordentlich komplizierte Entschädigungsverfahren, wobei die objektive und sachliche Geschäftsführung der Behörden anerkannt wurde.

Preussischer Landtag.

Br. Berlin, 22. Febr. (Ela. Drahtbericht.) Im preussischen Landtag wurde am Mittwoch vor Eintritt in die Tagesordnung Präsident Leinert Mitteilung von der Inanspruchnahme des Polizeipräsidenten von Gellertingen, Stiller, der als preussischer Abgeordneter der Zentrumspartei angehört, sowie über die Ergebnisse des Abganges, der bei seiner Anwesenheit in Wiesbaden von französischen Kriminalbeamten über die Grenze des besetzten Gebietes gebracht worden ist. Der Präsident legte gegen diese Verletzung der Immunität preussischer Abgeordneter Protest ein.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen setzte das Haus dann die zweite Lesung des Justizetats fort.

Der Justizminister Dr. Am Hof hoff erklärte, sein Amt unparteiisch nach jeder Richtung hin zu führen und sprach den Justizbeamten im Ruhrgebiet, die in dieser schweren Zeit als aufrechte Männer ihres Amtes waliteten, seinen warmsten Dank aus.

Seitens der Zentrumsfraktion legte Abg. Gabel Protest ein gegen die französischen Kriegsgerichte und verlangte scharfe Maßnahmen gegen den Lebensmittelmangel.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Seemann wandte sich gegen die Aufrechterhaltung des Sitzungsgerichts, das keine Partei nach wie vor als ein Ausnahmegericht betrachte.

Nach weiteren Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Eichhoff und des Abg. Dr. Höpfer, schloß (Dem.) vertagte das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr.

Die Polenmark in Oberschlesien.

D. Warshaw, 22. Febr. (Ela. Drahtbericht.) Polen führt ab 1. März die Polenmark als Währung in Oberschlesien neben der deutschen Mark ein. Der Kurs soll täglich nach der Marktsituation und der Lage der Börse bestimmt werden. Die gänzliche Aufhebung der deutschen Währung soll ab 1. November 1923 eintreten. Inzwischen sollen wegen der Einführung der Polenmark im Bahn- und Postverkehr in Berlin Verhandlungen stattfinden.

Jugenderinnerungen an das alte Wiesbadener Hoftheater und an den Kurjaal.

Von Kapellmeister a. D. Adolf Herr (Frankfurt a. M.)

In meinem 5. Lebensjahr (1869) hatte ich mein erstes musikalisches Erlebnis. Vor dem Musikstübchen des Kurhauses, welches sich zu damaliger Zeit noch in der Mitte des Kurplatzes befand, machte ich mit einem kleinen Ständchen zur Freude der Anwesenden Taktübungen, ich schlingel verführte den Dirigenten Felix Pels zu tanzen. Zu Hause stellte ich mir, da ich sehr klein war, vor das Klavier, um mit meinem Fingerchen Melodien zusammenzusuchen. Nach ganz kurzer Zeit hatte ich mir eine längere Melodie aus Mozarts „Zauberflöte“ (Glockenlied) für beide Hände zurechtgelegt. Mitten im Spielen kam plötzlich wie eine Bildsäule der Klavierlehrer meiner Schwester, Herr Carl Buthe, hinter mich. „Wo kommst du das her, Adolfin?“ Ich antwortete: „Ei, Herr Buthe, das habe ich allein gelernt, hörte es einmal im Kurjaal!“ Darauf Buthe: „Gib, hole mal die Mama aus dem Geschäft.“ Nachdem letztere mit ihm gesprochen hatte, erhielt ich zunächst zwei halbe Stunden in der Woche.

Von den weiteren Jugendjahren weiß ich noch verschiedene musikalische Eindrücke. Im Hoftheater hörte ich 1872 unter Wilhelm Jahn's genialer Direktion vom Orchester (Amphitheater) zu 50 Pf. Wagners „Rienzi“ (Holländer). Der damals Dirigent, welcher nach schwerer Krankheit erstmals wieder den Taktstock führte, wurde bei seinen Erscheinungen mit einem Takt in der Hand vom Orchester herzlich begrüßt. Nachher begann die Ouvertüre in D-Moll; auf mein Ohr, welches Buthe glänzend schult hatte, wirkten die Quinten beidseitig! Schumanns „Genoveva“, welche ich im folgenden Jahr erstmals hörte, machte auf mich einen tiefen Eindruck. — Eines großen Konzerts im Kurjaal, welches im Sommer 1874 stattfand, kann ich mich noch recht gut entsinnen. Solist war der unvergleichliche Meister Dr. Hans v. Bülow, welcher unter der Leitung des Komponisten Joachim Raff dessen prächtiges, leider verlassenes Klavierkonzert spielte. Die übrigen Mitwirkenden waren der herrliche Violoncellist Hans Dierker, welcher Bruchstücke aus Wagners „Meistersinger“ und „Lohengrin“ mit bewundernswürdiger und ausgiebiger Stimme sang, außerdem der berühmte Cellist Davidoff mit seinen allzuviel gespielten Bravourstücken. Die Direktion mit Ausnahme des erwähnten Klavierkonzerts lag in den Händen des verdienten

Wiesbadener Nachrichten.

Die Veranlagung zur Vermögenssteuer.

II.

Zum Betriebsvermögen gehört alles, was zum Betrieb der Landwirtschaft, des Bergbaus oder eines Gewerbes dient. Auch Warenvorräte, die zur Veräußerung bestimmt sind, werden dem Betriebsvermögen zugerechnet. Als Betriebsvermögen sind insbesondere Grundstücke, Maschinen, Geräte, Patente sowie dauernde Beteiligungen an anderen Betriebsunternehmungen anzusehen, ferner Werten, Rohstoffe, Halbfabrikate, Forderungen aus getätigten Lieferungen, kurzfristig angelegte Guthaben, die aus dem Betrieb stammen, Devisen usw. Dieses Betriebsvermögen ist mit dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis abzüglich angemessener Ausnutzung in die Bilanz einzutragen. Wenn der derzeitige wirkliche Wert höher ist als der Anschaffungspreis, so muß dieser angelegt werden. Ebenso sind auch die zum Betrieb gehörigen Grundstücke zu bewerten. Bei der Bewertung von Betriebsvermögen ist grundsätzlich davon auszugehen, daß das Unternehmen im Fall einer Veräußerung nicht aufgelöst, sondern weitergeführt wird. Es sind daher nicht diejenigen Werte zugrunde zu legen, die bei der Auflösung des Betriebs zu erzielen sein würden, sondern diejenigen, die bei einer Fortführung des Unternehmens in Betracht kommen würden.

Zum sonstigen Vermögen gehört alles steuerbare Vermögen, das nicht Grund- oder Betriebsvermögen ist, insbesondere also Kapitalvermögen, verzinsliche oder unverzinsliche Forderungen jeder Art, Aktien, der Kapitalwert der Rechte auf Renten oder auf noch nicht fällige Lebens- und Kapitalversicherungen, ferner auch Gegenstände aus Edelmetall, Schmuckgegenstände, sowie Luxus- und Kunstgegenstände. Als Luxusgegenstände gelten Gegenstände, deren Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 10.000 M. und darüber betragen hat. Kunstgegenstände und Sammlungen sind vermögenswert, wenn sie nach dem 31. Juli 1914 angeschafft sind und der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 20.000 M. und darüber oder für mehrere zusammengehörige Gegenstände 200.000 M. und darüber betragen hat. Doch dürfen auch diese Sätze noch eine Anpassung an die Geldwertveränderung erfahren. Kunstgegenstände, die von Lebenden oder seit 15 Jahren verstorbenen deutschen Künstlern geschaffen worden sind, bleiben vermögenssteuerfrei.

Wertpapiere, die in Deutschland einen Kurs haben, sind nach bestimmten Durchschnittskursen zu bewerten, die aus den börsennotierten Kursen zu entnehmen sind. Diese Durchschnittskurse sind errechnet aus den amtlichen Kursen am Ende der ersten Hälfte der Jahre 1920/21 und 1922 sowie aus den Kursen vom ersten Börsentag des letzten Vierteljahres des Kalenderjahres 1922. Forderungen, die in das Schuldbuch einer öffentlichen Körperschaft eingetragen worden sind, sind mit dem Kurswert der entsprechenden Schuldverschreibung der öffentlichen Körperschaft anzusetzen. Für Aktien oder Kurswert, Kuxe oder Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist der Verkaufswert durch das zuständige Finanzamt zu ermitteln und den Steuerpflichtigen auf Anfrage mitzuteilen. Fehlt es an genügenden Merkmalen der Berechnung, so ist der Wert abzuschätzen. Uneinbringbare Forderungen bleiben unberücksichtigt. Auch nicht fällige Ansprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen werden mit zwei Dritteln der eingezahlten Prämien angerechnet. Es kann auch auf Wunsch des Versicherten der Rückkaufswert der Versicherung angerechnet werden, wenn dieser nachgewiesen wird. Der Wert von Renten wird nach dem Lebensalter des Bezugsberechtigten bemessen. Gold- und Silbermünzen in deutscher Währung sind mindestens mit dem Metallwert am 31. Dezember 1922 zu bewerten. Für ausländische Zahlungsmittel ist der Kurs am 31. Dezember 1922 maßgebend. Edelmetalle, Edelsteine und Perlen sind nicht mit dem Anschaffungspreis, sondern mit dem Marktwert am 31. Dezember 1922 steuerpflichtig. Gegenstände aus edlem Metall, Schmuck- und Luxusgegenstände sind, wenn sie nach dem oben mitgeteilten Grundsatze steuerpflichtig sind, nach dem Marktwert am 31. Dezember 1922 zu bewerten, vorausgesetzt, daß sie nach dem 31. Dezember 1919 angeschafft sind. Sind sie vor diesem Termin angeschafft, so ist der fünfstufige Wert des Anschaffungspreises einzuleben. Das Gleiche gilt für steuerpflichtige Kunstgegenstände und Sammlungen.

Schulden sind natürlich vom Gesamtvermögen in Abzug zu bringen, wenn sie nicht schon bei der Bewertung des Betriebsvermögens berücksichtigt sind. Die Bewertung der Schulden erfolgt nach dem Nennwert, falls nicht besondere Umstände einen höheren oder geringeren Wert begründen. Schulden in ausländischer Währung sind mit dem Kurs vom 31. Dezember 1922 anzusetzen.

Von den sonstigen Bewertungsvorschriften sei noch erwähnt, daß Borräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten und

Fertigfabrikaten mit dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis abzüglich 70 vom Hundert zu bewerten sind. Anlagekapital, das nach dem 31. Dezember 1919 angeschafft oder hergestellt ist, ist bei Anschaffung im Jahre 1920 mit dem Anschaffungspreis abzüglich 30 v. H., bei Anschaffung im Jahre 1921 mit dem Anschaffungspreis abzüglich 45 vom Hundert, bei der Anschaffung im Jahre 1922 mit dem Anschaffungspreis abzüglich 70 vom Hundert anzusetzen.

Die Rente der geschiedenen Ehefrau.

In den nächsten Darstellungen der juristischen Zeitschriften entdeckt man, wenn man auch zwischen den Zeilen zu lesen versteht, mancherlei Tragödien und Komödien. Eine Tragödie enthält uns z. B. eine in der neuesten Nummer der „Juristischen Wochenschrift“ von 15. Januar mitgeteilte Reichsgerichtsentscheidung, die die harmlose Überschrift „Ergebende Vertragsauslegung bei Unterhaltsverträgen im Fall der Geldwertveränderung“ trägt.

Gegen Ende des Jahres 1913 ist infolge eines Verschuldens des beklagten Ehemanns die Ehe der Parteien geschieden worden. Nach der Scheidung stellte die Klägerin, also die Ehefrau, dem Beklagten am 3. April 1914 folgende Urkunde aus: „Hiermit erkläre ich, daß ich von meinem geschiedenen Gatten nie einen höheren Betrag an monatlichen Unterhaltskosten verlangen werde als fünfzig Mark. Auch erkläre ich, daß ich nach Erhalt der restierenden 300 M. aus dem letztzeitig mir gegebenen Schuldversprechen keinerlei Forderungen außer den oben erwähnten Unterhaltskosten an meinem geschiedenen Gatten stelle.“

Die Rente von 50 M. hat nun der geschiedene Gatte stets gezahlt, aber die Klägerin macht nun geltend, daß sie außer den 50 M. neben freier Station nur noch ein Gehalt von 80 M. beziehe. Das sind in Summa 130 M. Der Beklagte habe ein Einkommen von mehr als 20.000 M. monatlich (d. h. im Jahre 1921, bei Einleitung der Klage), während sie angeht der herrschenden Teuerung mit einem Betrag von 130 M. monatlich unmöglich auskommen könne; sie verlange die Erhöhung der Rente von 50 M. auf 150 M. im Monat. Das Oberlandesgericht zu Breslau hat den Beklagten nur zur Zahlung der von ihm anerkannten Rente von 50 M. verurteilt, während das Reichsgericht der Klägerin auf ihre Revision eine Rente von 150 M. zuerkannt hat.

Daß die arme, ohne eigenes Verschulden geschiedene Ehefrau auch bei dieser Rente keine Seide winnen kann, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Sehr beachtenswert ist aber die Begründung des Reichsgerichts, die für viele fallende ähnlich liegender Fälle zutreffen dürfte. Wie der Senat wiederholt anerkannt hat, ist gerade bei Unterhaltsverträgen Raum für die sogenannte ergänzende Vertragsauslegung. Inhalt und Zweck eines solchen Vertrags sind auf Gemäßung der Lebensnotwendigkeiten gerichtet. In den Fällen, wo eine Rente zu gewähren ist, wird der Bedarf in Geld geschätzt und darnach die Rente bemessen. Fällt der Geldwert in so erheblichem Maß, daß bei Gleichbleiben der übrigen Verhältnisse der Unterhalt von der festgesetzten Rente nicht mehr bestritten werden kann, so liegt bei Anwendung der Grundsätze von Treu und Glauben, eine Erhöhung des Betrags des im Vertrag zum Ausdruck gekommenen Vertragswillens der Parteien. Nur die Einschränkung ist zu machen, daß die Erhöhung nur insoweit begreift werden kann, als der Ehemann nach seinem Vermögen und Erwerbsverhältnissen zu ihrer Bestreitung in der Lage ist.

In einer Anmerkung zu dieser wichtigen Entscheidung bemerkt Geh. Justizrat Professor Dr. Rüßmann (Münster), daß es sich um die Regelung von Unterhaltsbeiträgen handelt, daß aber die Vereinbarung zwischen den beiden Ehegatten keine Festsetzung von Unterhaltsbeiträgen sei. Wenn die ausgewählte Summe den Zweck des Unterhalts nicht mehr entfernt zu erfüllen vermöge, dann sei die Abmachung gegenstandslos geworden, und dann könne der Gläubiger (d. h. hier die Ehefrau) mindestens auf das aufgrund liegende Rechtsverhältnis zurückgreifen, aber auch die Abmachung selber festhalten und ihre Anpassung an die Sachlage fordern. Diese Anschauung deckt sich unterm Grunde nicht nur mit der Entscheidung des Reichsgerichts, sondern auch mit dem Rechtsgefühl jedes gerechten und billigen denkenden Menschen.

— **Ausweisung des Landeshauptmanns.** Landeshauptmann Dr. Böckl ist gestern nachmittag von den Verwaltungsbehörden ausgewiesen worden. Die Beamten und Angehörigen des Landeshauptmanns hatten aus diesem Anlaß heute vormittag von 9 bis 12 Uhr ihre Tätigkeit eingestellt.

— **Anschlagläden betreffend.** Polizeibehörden wird uns geschrieben: Von Behörden, Geschäftsleuten und Vereinen, die zu ihrer Öffentlichkeits- und Reklame sich der öffentlichen Anschlagläden bedienen, wird Belästigung darüber geführt, daß die Plakate mutwillig zerstört, vornehmlich zur Nachteil, abgerissen oder beschädigt werden. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß das Abreißen

Bülow dem Kurorchester einhauchte, ergriff tief alle Zuhörer. Nur das eine mußte ich noch betonen, daß ich den unerschütterlichen Mut von Max Schwarz, meines späteren Lehrers (Direktor des Frankfurter Konservatoriums) bewunderte, den er nach Bülow's volkstümlichem Spiel mit dem Vortrag der Klavierstücke bewies. — Ferner hörte ich in den Hoftheaterkonzerten Verdis himmelsvolles Requiem unter Jahn's pietätvoller Leitung sowie den unvergleichlichen Pianisten Carl Demmann aus Bingen. Dieser Künstler spielte Beethovens Konzerte in Es-Dur und G-Dur sowie Schumanns A-Moll-Konzert. Der wunderbar weiche Anschlag, die labelfähige Technik, die den jeweiligen Intentionen gerecht werdende Auffassung waren Demmann's besondere künstlerische Eigenschaften.

Zum Schluß sei es mir gestattet, einiges von meiner musikalischen Erziehung zu berichten. Vom 5. bis zum 17. Jahr genoss ich das Glück, bei einem Lehrer, und zwar bei einem wirklichen Pädagogen, Musik (nicht nur Klavier) studieren zu dürfen. Carl Buthe hatte in Wiesbaden den Ruf eines ausgezeichneten Klavierlehrers, beherstete aber selbst das Instrument recht mäßig, nur notdürftig konnte er einzelne Stellen vorspielen, aber keine Begabung anstrebte. Jahn der holländische Kunstzusatzführer, im Hoftheater befehlende Stubbe die Stellung eines ersten Hobisten, die Hofkapelle fand, so weit ich dies in meinem späteren Beruf als Kapellmeister erkannte, oft recht nervöse, überaus gereizte Naturen; speziell gilt dies von den Hobisten, da die Kapellmeister sehr angegriffen werden. Buthe verstand es, die Technik liebelnd leicht mir beizubringen, das Musikalische und Harmonische zu einem Ganzen zu mischen und zu meistern, so daß man nie merkte, wie schwer das Leben in Wirklichkeit war. Er machte mich sofort auf die heiklen Stellen, auf das Figurenwerk, auf die sogenannten schwierigen, kleinen Stellen (wie Bülow sagte), auf das rhythmische Element, aufmerksam. Mit welchen wunderbaren Erläuterungen leitete er die Werke der Meister aus! Hatte man nicht gelbt, so benutzte er die Stunde zu theoretischen Erklärungen. Erh. seinem Angedenken.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Georg Kaiser hat ein neues Drama vollendet, das den Titel „Gilles und Jeanne“ führt. Die Heldenfiguren sind der Marquis Gilles de Rais und die Jungfrau von Orleans, die auch historisch in Verbindung miteinander stehenden haben. Die Aufführung des Dramas wird in den ersten Tagen des April im Alten Theater in Leipzig stattfinden.

Kapellmeisters Louis Lüttner. — Im Jahre 1879 wollte der Bayreuther Patronatsverein in meiner Geburtsstadt drei Festveranstaltungen im Hoftheater statt: Ostermontag „Daphne und Eurydice“, Ostermontag „Die Entführung aus dem Serail“, Osterdienstag die ungeliebten „Meisterlänger von Nürnberg“. Dauer der Vorstellung von 5 bis 10 1/2 Uhr. Das Quintett wurde vor dem Vorhang daspaar gelungen. Es ist mir heute kaum möglich, das Entzücken über diese Musikvorstellungen zu schildern. Die Erhabenheit der Gluck'schen Tonpoesie, die tragische feinsinnige Mozart'sche Musik, die pompöse, geradezu überirdische Tonpracht und Tonmacht Wagners machten einen solchen Eindruck auf mich, daß ich mir vornahm, die Musiklaufbahn zu ergreifen. Von diesen drei Vorstellungen unter der faszinierenden Leitung Jahn's, dem nachmaligen Direktor der Wiener Hofoper, sind mir nachlebende Leistungen in Erinnerung. Der wunderbar gelungene und dastellerisch vollendete griechische Ophreus des Fräuleins Weiklinger, welche schon durch ihre prächtige Erscheinung blendete. Der läche, einnehmende Tenor Reichert als Belmonte; die unvergleichliche Koloratursängerin Fräulein Rolande als Konstanze; das feine blonden des Fräuleins Mursell; der eminent voluminöse Bassist Herr als Omin und Wagner; der ritterliche Stolz des Herrn Leberer; der groteske Bediener des Herrn Rudolf, der etwas trocken in der Darstellung, aber geniallich hervorragende Hans Sachs des Herrn Raffen; der muntere David des Herrn Warbeck; der blühende Bariton des Herrn Philipp als Rothbar; die feuchle Epa des Fräuleins Boigt; die reizvolle Eurydice der Frau Reibel-Pöfker; der vollendete Chor; das wunderbar abgestimmte Orchester, währlich man konnte Wiesbaden um keine herrliche Hofoper beneiden. Jahn kann man nur mit Schaud (Dresden) vergleichen.

In demselben Jahr durfte ich einem großen Orchesterkonzert des neubildeten Musikvereins, welcher unter dem Vorh. von Hans Rast im Kurhaus tagte, beiwohnen. Programm folte nachstehend: Musikdiregent: Dr. Hans v. Bülow. 1. Frühlingssinfonie für großes Orchester von Hans v. Brunnart. 2. Klavierkonzert in B-Moll mit Orchester von Tschaikowsky, gespielt von Bülow. (Leitung des Orchesters Louis Lüttner.) 3. Nunerale und Triumphmarsch für großes Orchester von Hans v. Bülow. 4. fünf Konzerte von Liszt, vorgetragen von Max Schwarz. 5. Eine Faust-Sinfonie für Orchester, Tenorsolo und Männerchor von Liszt. (Tenorsolo: Max Moaro. Chor: der Männerchorverein Wiesbaden.)

Franz List war nach Schluß der Sinfonie Gegenstand der begeisterten Ovationen. Der künstlerische Atem, den



Dixin das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CO., DUSSELDORF

Verteiler: Th. Schultze,
Kirchgasse 48.

Dr. med. Finkelstein
prakt. Arzt und Geburtshelfer
in Belgien approbiert, (Deutscher)
Facharzt für Haut- und Geschlechtsleiden
Wiesbaden
Sonnenberger Str. 11 a (gegenüber Nr. 58). Tel. 3945.
Sprechz. 10—11^{1/2}, 3—4. Sonntags 10—1.

Schreibmaschinen

erstklassige Fabrikate, stets am Lager.
„BüroBörse“, Bahnhofstraße 16.

Wegen sehr großem Bedarf
suche ich 50 fast neue Anzüge
sowie 10 Smoking-Anzüge.
Es werden außergewöhnlich
hohe Preise erzielt!

Auktionator **Peter Alt**
und Taxator
Wiesbaden, 7 Körnerstr. 7. Telephon 2761.
Erstes Spezial-Unternehmen am Plage.

Moderne elegante Jumper

— Handarbeit — in allen Farben vorrätig
in Seide von 48000.— an
in Wolle von 15000.— an

Damen-Strohhüte

nur neueste Formen,
bietet 100% unter Ladenpreis an

Hass, Dotzheimer Straße 46. Kein Laden.

Schreibmaschinen

eng. troffen.

Hansa, Büro-Einrichtungshaus
Bahnhofstraße 8. Gerunf 4992.

Drehstrommotore

Kupferwicklung, neu, mit 1 Jahr Fabrikgarantie,
erstklassiges Fabrikat, 110/190 Volt, 110/220 Volt,
220/380 Volt, umschaltbar von 0,5 bis 7,5 PS., sofort
ab Lager Mainz lieferbar. Lagerbesuch lohnend!
Günstige Preise! F188
F. E. Megerlin, Mainz, Hindenburgstraße 61.
Telephon 1905.

Hier steht

zum Verkauf: 1 weiße moderne Küche,
1 lack. gut erb. Schlafzimmer, 1 Wasch-
kommode, pol., echt Marmor, Kleider-
schränke (1- u. 2tür.), Kommoden, Tische,
Stühle, Trumeauspiegel, 2 Klubsofas sehr
preiswert, 2 Chaiselongues und vieles nicht
Angeführte.

J. Volmer

Hermannstraße 3, Laden.



Fortwährend Ferkel und Läufer Schweine

zu haben bei
Wolff Wilhelm, Schweinehändler, Dohheim,
Römergasse 11.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen kaufen Sie

Bettzeuge, Hemdentuche,
Klamelle, Zephyr u. Vorkal,
Schürzen u. Handtuchhülle,
Damen- u. Kinderhosen,
Damen- u. Kinderhosen,
Knaben- u. Mädchen-
Wachstuch-Schürzen,
Strumpfwaren
in allen Größen bei
Rudolf Schwarz,
12 Marktstraße 12, 1. Et.
Kein Laden.
Durchgehend geöffnet.
Ein Bollen
Kontinentalen-Hüte
wird billig abgegeben.
Sutumpferei.
Fleischstraße 20.



Hunde werden als
Polizei-, Beileit- und
Schutzhunde dressiert von
Herrn Fehr, ehem. Dressur-
schulleiter Berufslehrer.
Dallaarier Straße 6.



Gelegenheitsstände.
Zwei große Betten, auf
150 000 Mk., frz. Doppel-
bett mit 12 Schattensoll-
matratze 120 Mille, Dipl.
Schreibtisch mit Aufsatz
180 Mille, 1 außerhalt.
Herrenrad 85 Mille, eine
Prachtst. mit echt. weik.
Marmor u. Spiegelanlauf
150 Mille, kompl. Küchen-
einricht., fast neu, 160 000
1 Tischeinw., 55 000, ein-
zelne Küchenchr., 50 000
Rajst. m. u. o. Marm.
50 Mille, 1- und 2türige
Küchensch., Nacht. Kom.
Deckbetten u. Kissen, ein-
zelne Matratzen 2 kleine
leicht aufz. Küchenherde.
Die Möbel sind alle sehr
gut erhalten u. spottbill.
Kannenberg,
17 Hellmuthstraße 17.
Frankfurt — Wiesbaden
fährt leere Rolle hin und
zurück. Telephon 4731.
Wassendach,
Rettelsbedstraße 16, 2. Sof.
Annahmestelle:
Frl. Anna Bismarck, 37.

Israel Gottesdienst

Israel. Kultusgemeinde,
Nikolsberg. — Freitag,
abends 5.45 Uhr, Sabbat
morgens 9 Uhr, nachm.
3 Uhr, abends 6.45 Uhr.
Sabbatmorgens 7.
abends 5.45 Uhr.
Mit. Israelitische Kultus-
Gemeinde. — Synagoge
Friedrichstr. 33. Freitag,
abends 5.30 Uhr, Sabbat
morgens 8.30 Uhr, Vor-
trag 10.45 Uhr, nachm.
3 Uhr, abends 6.45 Uhr.
Sabbatmorgens 7.
abends 5.30 Uhr. —
Sabbat. Vorabend 6.15,
morgens 6.30 Uhr.
Talmud Thora Verein,
E. B. Kl. Schwalbacher
Straße 10. — Sabbat-
Eingang 5.30 Uhr, mora.
8.30 Uhr, Mincha 5.45,
Kussang 6.45 Uhr. —
Sabbatmorgens 7.30,
Mincha u. Maariv 6 Uhr.

Führen

in u. außerhalb d. Stadt
beirat. Telephon 1697.

Eilen Sie!

denn es gibt vorläufig
keine günstigere Ge-
legenheit mehr, wenn
Sie Ihren Bedarf in

Damen- Herren- Stoffen

beden wollen.

Kein Laden!

Keine Betriebsbesuch!

Kein Personal!

Große Auswahl!

Auf Wunsch
Zahlungs-
erleichterung!

Arthur

Fagenzer

Tudylager

**Adolfs-
Allee 6.**

Eichen-Furnier

lowie alle überleichen u.
inkl. Furniere liefert bzw.
Furnier-Handlung
Carl Haagn
Telephon 3360.
Rüdeshimer Straße 20.

Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle.

Am 20. Februar: Ober-
studienrat Dr. phil. Ernst
Degenhardt, 64 J. Ehe-
frau Maria Langhanki,
geb. Wagh, 44 J. Ehefrau
Anna Seidl, geb. Ger-
65 J. — 21.: Schneider
Ferdinand Homma, 53 J.

Gartenarbeiten
werden billig ausgeführt.
Off. u. B. 531 Taubl.-Bl.

Umpreß-Hüte

werden schnellstens geliefert.
Sutumpferei
20 Fleischstraße 20.

Paul Storch Auguste Storch

geb. Kannanek

Vermählte.

Bleibich a/Rh., 18. Februar 1923.

Statt Karten.

Die Verlobung meiner Tochter

Ellen

mit Herrn Apotheker

Paul Urbaniaf

gebe ich hiermit bekannt.

Frau Apotheker Schmidt.

Ellen Schmidt

Paul Urbaniaf

Verlobte.

Wiesbaden, Februar 1923.

An der Schwelle des Uebertritts in den wohlverdienten Ruhe-
stand hat nach kurzem Leiden am 20. Februar 1923 ein Herz-
schlag unseren

Oberstudienrat Professor Dr. Ernst Degenhardt

hinweggerafft.

Seit 1889 hat er in Wiesbaden gewirkt, erst an der Städtischen
Oberrealschule an der Oranienstraße, dann seit 1905 an der neu-
gegründeten Oberrealschule am Zietenring.

Seine Schüler verlieren in ihm einen mit gründlichem, viel-
seitigem Wissen ausgestatteten Lehrer, der ihre Herzen durch
seinen anregenden, von hohem Idealismus getragenen Unterricht
und durch sein väterliches und zugleich sonniges Wesen zu ge-
winnen wußte, das Kollegium trauert um einen treudeutschen,
liebenswürdigen Amtsgenossen, der stets bereit war, zu helfen und
Gegensätze auszugleichen.

Ein ganzer Mann ist mit ihm dahingegangen.

Sein Andenken soll uns unvergesslich sein!

Das Kollegium der Städtischen Oberrealschule am Zietenring.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am Mittwoch abend, 6^{1/2} Uhr, entschlief nach langem,
mit großer Geduld ertragenem Leiden im 61. Lebensjahr
mein lieber Mann, mein guter Vater und Schwiegervater

Herr Friedrich Rempel

Drogist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Mathilde Rempel, geb. Ortel.

Hans Rempel und Frau.

Wiesbaden, den 22. Februar 1923.

Dotzheimer Straße 84, 1.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 24. Febr.,
vorm 10^{1/2} Uhr, im Krematorium auf dem Südfriedhof statt.
Wir bitten von Beileidsbesuchen und Blumenspenden
höfl. abzusehen.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gestern nachmittag verschied plötzlich und unerwartet infolge
Schlaganfalls meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute, trau-
sorgende Mutter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Marie Langhanki

geb. Achatz.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Victor Langhanki.

Wiesbaden, München, Berlin, Frauenburg, Seeburg,
(Rüdesh. Str. 29) den 21. Februar 1923.

Die Beerdigung findet Samstag, den 24. Februar, nachmittags
2^{1/2} Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Feierliches Seelenamt Samstag, den 24. Februar, vormittags
9 Uhr, in der Bonifatiuskirche.

Gesucht Möbel:
Schlafz., Wohnz., Speisez.,
Herrnz., Alavier, Kassenschr.,
Teppiche und einzelne Stühle.
Correzzola, Rüdeshheimer Str. 33.

Zickel-Selle
frisch abgezogene bevorzugt, kauft
über Tagespreis zum eignen Bedarf
Pelzgerberei Horn
Schwalbacher Straße 38.

Achtung! Neu-Eröffnung! Achtung!
Antaufstelle
Gehring, 38 Römerberg 38, Laden.

Zahl für Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Zinn-
geschirre, Lumpen, Alteisen, Wein-, Sekt-,
Kognat-, Bordeauxflaschen die höchsten
Tagespreise. Ware wird frei abgeholt. Vollkarte
wird vergütet. Wer aufen Sie nicht früher, bis Sie
mein Angebot gehört haben.

Guterh. gebrauchte Stridmaschinen
zu kaufen gesucht.
Offerten mit Angabe der Teilung und Arbeits-
breiten unter Nr. 11. 532 an Tagbl.-Verlag erb.

Achtung! Trok Dollarsturz! Achtung!
sollen wir diese Woche für Renthabfälle, Wolle, Zeit-
schriften, Mitpapier, Wein-, Sekt-, Kognat-, und
Bordeaux-Flaschen, felle sowie für alle Metalle
die höchsten Preise. Bitte überzeugen.
Höhler & Egenolf
Fleischstraße 49. — Haltestelle der Elektr.

Kaufe stets
Flaschen, Metalle, Alteisen
Papier, guterhalt. Möbel
und Kleider
zu sehr erhöhten Preisen.
Fritz Uder, Wellrichstraße 21
Telephon 3930. — Postfach 19659.

Geschäftl. Empfehlungen

Gut. Privat-Mittagstisch
zu haben Schwalbacher
Straße 79. Bart.

Schneiderin,
durchaus perfekt, über-
nimmt wieder Aufträge. Adr. im
Taabl.-Verlag. Or

Unterricht
Institut
Faber

Schulklasse Privatreals-
schule mit Schülerheim.
Anmeldungen
für Ostern werden schon
recht entgegengenommen.
Sprechstunden
von 11-1 Uhr täglich
außer Sonntag.

Engl. her Zirkel
(ohne Vorkenntnisse)
Beginnt
Freitag, abends 7 Uhr.
Berlig-Schule,
Rheinstr. 32. Geogr. 1878.
Telephon 6593.

Engl. Unterricht
erleicht.
Off. u. M. 528 Taabl.-B.
Wer gibt ein- oder zwei-
mal abends v. 9-10 Uhr
in meinem Hause
französischen Unterricht?
Offerten unter D. 532 an
den Tagbl.-Verlag.

Verloren * Gefunden
Goldener Ohrring
verloren. Gegen Belohn.
abzuw. Müller, Vorstr. 29.
Schlüsselbund
mit Kassenöffn. verl. Gen.
hohe Belohn. abzuw. bei
Hennes, Schloßerei.
Oranienstraße 23.

Tücht. Schneiderin
hat noch Tage frei. Off.
u. S. 532 Taabl.-Verlag.
Stärke-Wäsche
zum Bügeln wird angen.
Bertramstr. 17. Dth. 2 r.

Verchiedenes
Zw. Konvert. Austausch
wünscht ein jung. französl.
Soldat die Bekanntschaft
eines jungen Herrn oder
einer Dame zu machen.
Offerten unter I. 530 an
den Taabl.-Verlag.

Wer gibt
Hunde-Amme
leibwelle ges. Versorgung
ab oder wer verk. hoch-
tragende Hündin, mittl.
Größe, gleich welcher
Rasse? Offerten an
Dr. Hauck,
Röderstraße 39/41.

Pflegestelle
taasüber (auch o. Ellen)
für 4jähr. Mädchen, Ball-
müllstraße ob. Unga. ge-
sucht. Offerten u. E. 530
an den Taabl.-Verlag.

Fräulein
29 J. Hollsteinerin, w.
alt. Herrn kennen zu lern.
sweds. Heirat. Suchende
ist sehr tüchtig in Haus-
u. Landw. Mitw. ang.
Off. u. S. 531 Taabl.-B.

Suche für eine
liebe Bekannte
Gatten.

Dieselbe ist eine hoch-
antändliche, solide, kluge
Dame, von sehr lomp.
Reizern, verständig und
doch beruflich tätig, hat
sehr gekniffen, hat
eigens beim. tabellose
Vergangenheit, 30 Jahre
alt, kath. u. besitzt alle
Eigenschaften, einen Mann
wird. alljährlich zu machen.
Offerten unter D. 531 an
den Tagbl.-Verlag.

Wilhelma-Kasino A.-G.
Sonnenberger Straße, Ecke Wilhelmstraße. Tel. 4397.

Freitag, 23. Februar 1923, abends 8½ Uhr:

Elite-Abend

im Kasino

mit

zahlreichen Überraschungen.

Leitung: Gustav Jacoby.

Der Treffpunkt der eleganten Welt.

Die exquisiten Weine.

Das vorzügliche Tanzorchester.

Fischbestellungen frühzeitig erbelen unter Telephon 4397.

Ausgabestellen des Wiesbadener Tagblatts.

Adelheidstraße:
Rehmann, Ecke Adolfsallee.

Adolfsallee:
Groll, Ecke Goethestraße.

Albrechtstraße:
Krause, Albrechtstraße 34.

Bahnhofstraße:
Gieh, Rheinstraße 27.

Bertramstraße:
Prinz, Ecke Leonorensstraße.

Bismarckring:
Both Nachfolger, Ecke Vorderstr.

Bleichstraße:
Schott, Ecke Hellmündstraße.

Blicherstraße:
Preis, Blicherstraße 4.

Dambachstraße:
Sondrich Nachf., Ecke Kapellenstr.

Dogheimer Straße:
Weber, Kaiser-Friedrich-Ring 2.

Faulbrunnenstraße:
Vierich, Faulbrunnenstraße 3.

Feldstraße:
Schwend, Feldstraße 24.

Feldstraße:
Steinmetz, Feldstraße 10.

Göbenstraße:
Enders, Göbenstraße 7.

Preis, Blicherstraße:
Preis, Blicherstraße 4.

Helenenstraße:
Dorn, Helenenstraße 22.

Grüel, Wellrichstraße:
Grüel, Wellrichstraße 9.

Hermannstraße:
Fuchs, Hermannstraße 12.

Jäger, Ecke Hellmündstraße:
Jäger, Ecke Hellmündstraße.

Hirschgraben:
Wilk, Steingasse 6.

Wilmuh, Webergasse:
Wilmuh, Webergasse 51.

Jahnstraße:
Maus, Jahnstr. 2, Ecke Karlstraße.

Freilicht, Jahnstraße:
Freilicht, Jahnstraße 40.

Kaiser-Friedrich-Ring:
Weber, Kaiser-Friedrich-Ring 2.

Freilicht, Jahnstraße:
Freilicht, Jahnstraße 40.

Kapellenstraße:
Sondrich Nachf., Dambachstr.

Sondrich Nachf., Dambachstr.
Sondrich Nachf., Dambachstr.

Karlstraße:
Bund, Kiehlstraße 3.

Maus, Jahnstr. 2, Ecke Karlstraße.
Maus, Jahnstr. 2, Ecke Karlstraße.

Moritzstraße:
Nichter, Ecke Albrechtstraße.

Oranienstraße:
Krause, Albrechtstraße 34.

Ranenthaler Straße:
Diehl, Ecke Ballhäuser u. Erbacher

Strake.
Strake.

Kiehlstraße:
Bund, Kiehlstraße 3.

Röderstraße:
Adam, Röderstraße 27.

Römerberg:
Kraus, Römerberg 7.

Deen, Römerberg:
Deen, Römerberg 29.

Rheinstraße:
Gieh, Rheinstraße 27.

Saalgasse:
Fuchs, Ecke Webergasse.

Schulgasse:
Köhnlich, Schulgasse 2.

Schwalbacher Straße:
Maus, Ecke Adlerstraße.

Minor, Ecke Mauritiusstraße.
Minor, Ecke Mauritiusstraße.

Sedanplatz:
Kujat, Wellendstraße 4.

Steingasse:
Wilk, Steingasse 6.

Ernst Nachfolger, Steingasse 17.
Ernst Nachfolger, Steingasse 17.

Walramstraße:
Fuchs, Walramstraße 12.

Webergasse:
Wilmuh, Webergasse 51.

Wellrichstraße:
Adam, Röderstraße 27.

Wellrichstraße:
Grüel, Wellrichstraße 9.

Wellendstraße:
Kujat, Wellendstraße 4.

Wilhelms, Wellendstraße 11.
Wilhelms, Wellendstraße 11.

Vorstraße:
Both Nachfolger, Ecke Bismarckring.

Both, Gneisenaustraße 19.
Both, Gneisenaustraße 19.

Zietenring:
Boths, Waterloostraße 1, Ecke

Zietenring.
Zietenring.

Kristall-Palast

Ab Dienstag, 20. Februar: Erstausführung.
!! Nur noch 2 Tage !!

Der große internationale Sittenfilm:

Nur eine Nacht

Absturz u. Erlösung eines Zigeunermädchens
nach dem Roman
des englischen Dichters Mr. O'Green
— in 5 Akten. —

Hauptdarsteller: Robert Scholz, Olga
Engel, Rudolf Filberg, Margit Barnay,
Gustav Jahrbeck, Margarete Kupfer.

Jimmy als Retter

Amerikanische Groteske in 2 Akten.

Beginn der Vorstellungen:
3¹⁵, 5³⁰ und 8¹⁵ Uhr.

Bergeßt die hungernden Vögel nicht!

Thalia.

Heute letzter Tag!

Der große Erfolg!

Nathan

der Weise.

6 Akte

nach Lessingschen

Motiven, mit

Werner Krauß

Carl de Vogt

Lin Eibenschütz

Bella Muzsnay.

Ab morgen Freitag:

Mary Pickford

Das Waisenkind

Männergesang-
Verein



„Concordia“

Montag, den 26. Februar, abends
pünktl. 8 Uhr, im großen Kasinoaal:

II. Konzert

unter der musikal. Leitung des Herrn
Kapellmeisters **Dr. Richard Tanner.**
Mitwirkende: Frau **Goldberg-Thiele**
vom Staatstheater sowie der
Orchesterverein Wiesbaden.

Eintritt nur für Mitglieder und deren direkte
Angehörige sowie Inhaber von Gastkarten. Eine
beschränkte Anzahl von Eintrittskarten ist am
Saaleingange erhältlich. F 262

Sonntag, 25. Februar, abends 8½ Uhr,
Marktkirche:

Parsifal-Konzert

zum Besten der
Kinder- u. Altershilfe der Marktkirchen-Gemeinde.
Ausführende:

Fritz Scherer, Nicola Geisse-Winkel,

Fritz Mechler, Friedr. Petersen.

Karten zu Mk. 350.—, 250.—, 150.—

Vorverkauf bei Schellenberg, Gr. Burgstr., Stöppler,
Rheinstr., u. beim Küster der Marktkirche.

Als Selbstverbraucher

zähle für alle Gold-, Silber-
und Platin-Gegenstände
jeder Form, sowie Bruch,
Gebisse und einz. Zähne

den höchsten Tagespreis.

M. Ebbe, Moritzstr. 40
Tel. 2832.

Walhalla.

Heute letzter Tag!

Der falsche

Dimitry.

Morgen:

Miss

Rockefeller

filmt!

Der Film ohne Namen!

Ein Gesellschaftsroman

aus drei Weltteilen

6 Akte

nach Artur Landsberger

mit Georg Alexander,

Albert Paulig, Hermann

Pieha, Paul Otto, Artur

Wellin, Hans Junker-

mann, Erich Schön-

felder, Charl. Klinger.

Zwischentexte

von Gustav Hochstetter

Theater

Staats-Theater.

Großes Haus.

Freitag, 23. Februar. 1

Sondervorstellung

für die höheren Schulen.

Emilia Galotti.

Interpretiert in 3 Aufzügen von

Emilia Galotti, Johanna Wundt

Oberrath, Walter Jolles

Gaudia, Amalie Dandl

Gonzaga, Orin, Dr. Paul Gerhards

Marinelli, Dr. Hans Rodius

Conli, Walter, A. B. Diehl

Graf, Appiani, Gustav Albert

Stefan, Delfina, Thilo Hummel

Angelo, Guido Lehmann

Wiro, Diener, Friedr. Bräuer

Wattila, Diener, H. Schellhorn

Kammerdiener, Walter Reune

Nach dem zweiten Aufzuge tritt

eine Pause von 15 Minuten ein.

Aufgang 7, Ende etwa 9.45 Uhr.

Kleines Haus.

(Freibühne-Theater)

Freitag, 23. Februar.

18. Vorstellung Stammtische 4.

Zum ersten Male:

Der Leibgarb.

Romäne in drei Akten von

Heinz Wolz.

Der Schauspieler, R. Hermann

Die Schauspielerin, Lena Franz

Der Kritiker, Adolf Rißner

Die Wirtin, Marg. Aubert

Das Stübchenmädchen, D. Hoff

Ein Gläubiger, H. Bendorff

Eine Logenstube, H. Bendorff

Nach dem 1. Akt 15 Min. Pause.

Aufgang 7, Ende etwa 9.15 Uhr.

Sturhaus-Konzerte

Freitag, 23. Februar.

Nachmittags 4 Uhr:

Abonnements-Konzert

städtisches Kurorchester.

Leitung: Hermann Jrmay.

Städt. Kurkapellmeister.

1. Ouvertüre zur Oper „Stra-

delia“ von F. v. Flotow.

2. Arie für Oboe und Violine

aus der Oper „Idomeneus“

von W. A. Mozart.

3. Abschieds-Sinfonie für

Trompete von W. Herfurth.

4. Do-fach-Quintett, Walzer von

Jon. Strauss.

5. Ouvertüre zur Oper „Die

Zigeunerin“ von W. Balfe.

6. Flirtation aus A. Stock.

7. Humoreske aus der Operette

„Orpheus in der Unterwelt“

von J. Offenbach.

Abends 8 Uhr im Abonnement

im großen Saal:

Kammer-Konzert.

Orchester: Städt. Kurorchester.

Leitung: Carl Schuricht,

Städt. Musikdirektor.

1. Divertimento für 13 Blas-

instrumente v. W. A. Mozart